

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln  
Nicolin Gabrysch, Einzelmandatsträgerin KLIMA FREUNDE

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 20.06.2022

**AN/1263/2022**

**Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	20.06.2022

**Entlastung für die Beschäftigten der Unikliniken von Köln und ganz NRW**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragstellenden bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung des Rates am 20.06.2022 zu setzen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln

- unterstützt die Forderung nach einem Tarifvertrag Entlastung, der verbindlich zu mehr Personal in den Universitätskliniken in Köln und ganz Nordrhein-Westfalen führt.
- schließt sich der Forderung der Beschäftigten der Unikliniken im Rahmen der Krankenhausbewegung „Notruf NRW“ an, individuell einklagbare Regelungen zur Personalmindestbemessung einzuführen. Nicht erst seit der Corona-Pandemie ist klar, dass eine gute Gesundheitsversorgung der Bürger\*innen unserer Stadt einer ausreichenden Personalausstattung in den Krankenhäusern bedarf.
- appelliert an die Klinikleitung der Universitätsklinik Köln sowie an den Arbeitgeberverband des Landes Nordrhein-Westfalen e.V., ernsthaft über die Umsetzung eines Tarifvertrags Entlastung zu beraten und die Forderungen der Beschäftigten umzusetzen.
- fordert zudem die Landesregierung auf, auf die Unikliniken einzuwirken, auf die Forderungen der Beschäftigten einzugehen. Zudem sollte sie sicherstellen, dass gegebenenfalls anfallende Mehrausgaben der Kliniken abgesichert werden, um die Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Tarifergebnisse zu gewährleisten

**Begründung:**

Die Beschäftigten der Unikliniken in Nordrhein-Westfalen streiken seit Wochen dafür, dass sich ihre desaströsen Arbeitsbedingungen verbessern. Die Corona-Pandemie hat leider sehr deutlich gemacht, an welchem Limit unser Gesundheitssystem angekommen ist. Die perso-

nelle Unterbesetzung ist dabei nicht erst das Ergebnis der Pandemie, sondern schon vor dem Auftreten des Virus war diese eher die Regel denn die Ausnahme. Doch Warnungen wurden nicht genügend ernst genommen. Zwar wurden Pflegekräfte in der Pandemie mit Applaus bedacht, dann aber wieder ihren unhaltbaren Arbeitsbedingungen überlassen. Bisher zeichnet sich keine Verbesserung der Lage ab. Rund 20.000 Fachkräfte sollen alleine in den Krankenhäusern NRWs fehlen.

Nun fordern engagierte Mitarbeiter\*innen der Kliniken als "Notruf NRW" einen sogenannten Tarifvertrag Entlastung, der die Personalbesetzung in den Krankenhäusern verbindlich regeln und so eine angemessene Versorgung von Patient\*innen sicherstellen soll. In diesem Rahmen wurde bereits im Januar ein Ultimatum an die Politik gestellt. Diese sollte noch vor den Landtagswahlen intervenieren, was jedoch nicht geschehen ist.

Am 14.06.2022 wurde die Klage der Uniklinik Bonn durch das Arbeitsgericht Bonn abgewiesen, die juristisch gegen die fortdauernde Bestreikung der Arbeit vorgehen wollte. Zwar argumentierte die Klinik vor Gericht, dass der Streik das Patient\*innenwohl gefährde – immerhin müssen etwa Operationen verschoben werden (in Düsseldorf fielen fast 1.000 Operationen aus, in Essen 1.570 und an der Uniklinik Münster mehr als 1.600), außerdem seien auch hunderte Notfallpatient\*innen unversorgt geblieben. Doch der Streik sei verhältnismäßig, befand das Gericht. Der Streik und damit der Kampf um das Gesundheitssystem wird also auch in Köln weitergehen.

### **Begründung der Dringlichkeit:**

Mit Urteil vom 14.06.2022 hat das Arbeitsgericht Bonn den Antrag des Universitätsklinikums Bonn auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen, weswegen die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di weiterhin berechtigt ist, zu Streikmaßnahmen der Tarifbeschäftigten aufzurufen. Seit Wochen sind aber schon viele Stationen an den Unikliniken NRWs geschlossen oder können teilweise nur im Minimalbetrieb weitergeführt werden. In den Notaufnahmen müssen Patient\*innen mit langen Wartezeiten rechnen. Die anhaltend schlechte Personalsituation und die hohe Arbeitsbelastung gefährden die Gesundheit der Kölner\*innen. Der Rat der Stadt Köln muss daher noch vor der Sommerpause dringend an die Landesregierung appellieren, um weiteren Schaden von Kölner Patient\*innen und Beschäftigten abzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Homann  
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Weisenstein  
Fraktionsgeschäftsführer Die LINKE-

gez. Nicolin Gabrysch  
Einzelmandatsträgerin KLIMA FREUNDE